

EU-Nachrichten 18 2016

KURZ & KNAPP

Beziehungen zu den USA 3

Europäer setzen auf gemeinsame Interessen

IM FOKUS

Fairness im Welthandel 4

EU-Unternehmen sollen besser geschützt werden

Nachhaltigkeitsstrategie vorgelegt 6

Verantwortlich mit Weltmeeren umgehen

EU-HAUSHALT 2017

Fast die Hälfte ist für Wachstumsförderung gedacht

Die EU will 2017 beinahe die Hälfte ihrer insgesamt verfügbaren Mittel zur Schaffung von mehr Wachstum, Arbeitsplätzen und für die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit einsetzen. 74,9 Mrd. Euro von 157,9 Mrd. Euro Verpflichtungen – das sind mögliche Zahlungszusagen für längerfristige Projekte – sind für diesen Zweck im Gemeinschaftshaushalt reserviert. Für Zahlungen im kommenden Jahr stellten EU-Mitgliedstaaten und Europäisches Parlament insgesamt 134,5 Mrd. Euro in das Budget ein.

Kristalina Georgieva, für den Haushalt zuständige Vizepräsidentin der EU-Kommission, begrüßte die Einigung. „Das Budget für 2017 wird uns helfen, uns gegen Schocks zu wappnen, wird unserer Wirtschaft einen Schub geben und uns helfen, mit Themen wie der Flüchtlingskrise umzugehen“, sagte sie. Der Haushalt müsse „im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger“ funktionieren, so Georgieva.

<http://ec.europa.eu/>



EU-Kommissar Moscovici stellte die wirtschaftlichen Prioritäten für 2017 und die Bewertung der Haushaltspläne der Euro-Staaten vor.

Credit © European Union, 2016

KOORDINIERUNG DER WIRTSCHAFTSPOLITIK

Euro-Staaten sollen mehr investieren

Die Euro-Staaten können nach Meinung der EU-Kommission 2017 den wirtschaftlichen und sozialen Umschwung nach der Wirtschaftskrise schaffen. Sie müssten dafür aber mehr tun als bisher geplant, um Binnennachfrage und Investitionen anzukurbeln. Die Euro-Länder sollen daher ihre Ausgaben um durchschnittlich 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) erhöhen, hat die Kommission bei der Einleitung des neuen „Europäischen Semesters“ zur Koordination der Wirtschaftspolitik vorgeschlagen. Erstmals hat sie den Regierungen damit eine konkrete Empfehlung für ihren fiskalpolitischen Kurs gegeben. Gleichzeitig legte sie auch ihre Bewertung der Haushaltsentwürfe von 18 Euroländern für 2017 vor.

> Durch ihre Empfehlungen und die im gleichfalls präsentierten Jahreswachstumsbericht 2017 beschriebenen Prioritäten will die Kommission erreichen, dass die Euro-Staaten wirtschaftspolitisch am gleichen Strang ziehen. Die vorgeschlagene fiskalpolitische Lockerung soll „den Aufschwung und die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank“ unterstützen, „die die Last nicht alleine tragen kann“, sagte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker. „Jeder Mitgliedstaat muss seinen Teil dazu beitragen. Diejenigen, die es sich leisten können, müssen mehr investieren, während die Länder mit weniger finanziellem Spielraum

Reformen und wachstumsfreundliche Haushaltskonsolidierung ins Auge fassen sollten“, so der Kommissionspräsident.

Die Aufforderung zu mehr Konsum und Investitionen geht also vor allem an die Länder, deren Haushaltsentwürfe ohne Beanstandungen durchgewunken wurden: Deutschland, die Niederlande, Luxemburg, Estland und die Slowakei. Besonders im Blickpunkt standen bei der Budgetbewertung die Staaten, gegen die Defizitverfahren laufen: Frankreich, Spanien und Portugal.

>>

EU-HERBSTPROGNOSE 2016-2018

	> 2016			> 2017			> 2018		
	Haus- halts- saldo	Gesamt- verschul- dung	BIP	Haus- halts- saldo	Gesamt- verschul- dung	BIP	Haus- halts- saldo	Gesamt- verschul- dung	BIP
BE	-3,0	107,0	1,2	-2,3	107,1	1,3	-2,4	106,4	1,5
DE	0,6	68,1	1,9	0,4	65,7	1,5	0,3	63,1	1,7
EE	0,5	9,4	1,1	-0,4	9,5	2,3	-0,2	9,5	2,6
IE	-0,9	75,4	4,1	-0,5	73,6	3,6	-0,4	71,9	3,5
GR	-2,5	181,6	-0,3	-1,0	179,1	2,7	0,9	172,4	3,1
ES	-4,6	99,5	3,2	-3,8	99,9	2,3	-3,2	100,0	2,1
FR	-3,3	96,4	1,3	-2,9	96,8	1,4	-3,1	97,1	1,7
IT	-2,4	133,0	0,7	-2,4	133,1	0,9	-2,5	133,1	1,0
CY	-0,3	107,1	2,8	-0,4	103,7	2,5	0,0	100,6	2,3
LV	-0,8	40,0	1,9	-1,1	37,2	2,8	-1,2	36,0	3,0
LT	-0,6	40,8	2,0	-0,6	43,3	2,7	-0,7	40,2	2,8
LU	1,3	23,2	3,6	0,0	23,3	3,8	0,1	23,5	3,6
MT	-0,7	62,1	4,1	-0,6	59,9	3,7	-0,6	57,2	3,7
NL	-0,8	63,0	1,7	-0,3	61,3	1,7	-0,1	59,3	1,8
AT	-1,5	83,5	1,5	-1,3	81,1	1,6	-1,1	79,2	1,6
PT	-2,7	130,3	0,9	-2,2	129,5	1,2	-2,4	127,8	1,4
SI	-2,4	80,2	2,2	-2,0	78,3	2,6	-1,5	76,6	2,2
SK	-2,2	53,3	3,4	-1,5	52,7	3,2	-0,5	51,5	3,8
FI	-2,4	65,4	0,8	-2,5	67,1	0,8	-2,0	68,1	1,1
Euro-Zone	-1,8	91,6	1,7	-1,5	90,6	-1,5	-1,5	89,4	1,9
EU (28)	-2,0	86,0	1,8	-1,7	85,1	1,6	-1,6	83,9	1,8

Haushaltssaldo und Gesamtverschuldung in Prozent des BIP; BIP = jährliche prozentuale Veränderung
Quelle: Europäische Kommission

>> Den Haushaltsentwurf aus Paris sieht die Kommission als „weitgehend konform“ mit den Vorgaben an. Der für Wirtschaft und Währung, Steuern und Zoll zuständige EU-Kommissar Pierre Moscovici nannte es „wahrscheinlich“, dass das Defizitverfahren gegen Frankreich beendet werden könne. „Es ist von ausschlaggebender Bedeutung, dass die Korrekturen von dauerhafter Natur sind“, sagte er. Das müsse die französische Regierung nach den Präsidentschaftswahlen mit dem Haushalt für 2018 beweisen.

Vertrauen in Spanien und Portugal

Gegen Spanien und Portugal laufen bereits seit 2009 Defizitverfahren und im Juli hatte die Kommission ein Sanktionsverfahren eingeleitet. Es wurde dann aber angesichts der schwierigen Wirtschaftslage beschlossen, nur eine symbolische Strafe von Null Euro zu verhängen. Bis Mitte Oktober mussten Madrid und Lissabon darlegen, wie sie ihre Auflagen zur Haushaltskonsolidierung erfüllen wollen. In beiden Fällen sieht die Kommission das Risiko, dass die Zie-

le verfehlt werden, allerdings seien die Risiken „beherrschbar“. In Spanien gebe es jetzt eine neue Regierung und die zuständigen Stellen hätten Schritte zur weiteren Konsolidierung unternommen, sagte Moscovici. Portugal weiche nur gering vom erwarteten Kurs ab. „Wir haben aufgrund guter Wachstumswahlen für das vierte Quartal Grund zu der Annahme, dass es eine positive Entwicklung geben wird“, so Moscovici.

Die Kommission schlägt vor, die beiden Defizitverfahren auszusetzen und will auch den eigentlich fälligen Vorschlag nicht machen, 2017 EU-Strukturfondsmittel für die beiden Länder zurückzuhalten. Moscovici wies darauf hin, dass sich dagegen auch das Europäische Parlament ausgesprochen habe. Am 5. Dezember wollen die Euro-Finanzminister über die Bewertungen und Vorschläge der Kommission diskutieren.

Laut Kommissionsvizepräsident Valdis Dombrovskis wird das durchschnittliche Haushaltsdefizit in der EU weiter sinken, von zwei Prozent

in diesem auf 1,7 Prozent im nächsten Jahr. Die Gesamtsituation der Mitgliedstaaten verbessere sich, „auch durch den Druck, den wir über den Stabilitätspakt auf die Mitgliedstaaten ausüben“, sagte Dombrovskis. Viele Defizitverfahren hätten bereits beendet werden können.

Zahl der Arbeitslosen gesunken

Auch Arbeits- und Sozialkommissarin Marianne Thyssen sprach von einer positiven Entwicklung in der EU. Viele Staaten hätten Reformen angepackt, es gebe nach der Wirtschaftskrise wieder Wachstum und die Zahl der Arbeitslosen sei seit dem Höchststand von 2013 um 5,7 Millionen gesunken. Thyssens Beschäftigungsbericht gehört ebenfalls zu den Dokumenten, die zur Eröffnung des Europäischen Semesters vorgelegt wurden.

Zur Koordinierung der Wirtschaftspolitik zählt ferner eine Analyse, ob der Kurs eines Landes den gemeinsamen Zielen aller Mitgliedstaaten entgegen steht oder sich nachteilig auf andere Länder auswirkt. Dazu erstellt die Kommission jährlich den so genannten Warnmechanismus-Bericht über makroökonomische Ungleichgewichte. Für 2017 will sie die 13 Mitgliedstaaten genauer betrachten, bei denen auch im vergangenen Jahr Ungleichgewichte festgestellt wurden. Dazu gehören auch große Länder wie Frankreich, Italien, Niederlande, Spanien und Deutschland.

In Deutschland werden seit Jahren die unterdurchschnittlichen Inlandsinvestitionen als Ungleichgewicht eingestuft, wenn auch nicht als „übermäßiges“. Sie tragen nach Ansicht der EU-Partner zu dem konstant sehr hohen Leistungsbilanzüberschuss bei und sind ein Risiko für das deutsche Wachstum. Der Überschuss ist 2016 wohl noch größer geworden. (frh) >

Europäisches Semester

Regeln mit Vernunft anwenden

„Regeln sind da, um eingehalten zu werden“, betonte EU-Kommissionspräsident Juncker in seiner jüngsten Europa-Rede mit Blick auf den Stabilitätspakt. Gleichzeitig dürfe man die unterschiedliche volkswirtschaftliche Lage der EU-Staaten und die „nationalen Wirklichkeiten“ nie aus dem Blick verlieren. Wenn ein Land „Heimsuchungen“ erlebe, wie etwa derzeit Italien mit Erdbeben und Flüchtlingsansturm, müsse das bei Beurteilung der Haushaltsbilanz berücksichtigt werden. „Wir müssen Italien unterstützen“, sagte Juncker.

BEZIEHUNGEN DER EU ZU DEN USA

Europäer wollen auf gemeinsamen Interessen aufbauen

Die EU und die USA teilen nach Ansicht von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker so grundlegende Werte und es gibt zwischen ihnen „so viele Bande“, dass die Beziehungen nach der Wahl von Donald Trump zum nächsten US-Präsidenten nicht neu sortiert werden müssen. „Nein, wir bleiben Partner, die Welt braucht den engen Schulterschluss zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und dem europäischen Kontinent“, sagte Juncker. Nur durch Kooperation könnten beide beim Umgang mit Herausforderungen wie der Bedrohung durch IS-Terrorismus, dem Ukraine-Konflikt, Klimawandel und Migration etwas bewegen, erklärte er gemeinsam mit Donald Tusk, dem Präsidenten des Europäischen Rates.

Klar ist für Juncker aber auch, dass die Europäer auf Dauer stärker selbst für ihre Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit sorgen müssen und

das nicht den Amerikanern überlassen dürfen. „Ich sehe eine Notwendigkeit für die Europäer, ihre Verteidigungs- und Sicherheitspolitik und ihre Zusammenarbeit zu verstärken, ungeachtet der Veränderungen in der Administration der Vereinigten Staaten“, sagte auch die Hohe EU-Beauftragte für Außen- und Sicherheitspolitik Federica Mogherini. Die EU-Außen- und Verteidigungsmi-nister beschlossen bereits einen Fahrplan für gemeinsame Initiativen. Unter anderem ist die Schaffung eines dauerhaften Planungs- und Führungszentrums für militärische und zivile Auslandseinsätze im ersten Halbjahr kommenden Jahres vorgesehen.

■ *EU und USA*



ENERGIEEFFIZIENZVORGABEN

Ökodesign wird auf Kernbereiche beschränkt

In der EU verkaufte Handtrockner, Aufzüge, elektrische Wasserkocher, Hochdruckreiniger, Solarpaneele und Umrichter sollen künftig mit weniger Strom auskommen. Auch für diese Produkte sollen Mindesteffizienzstandards im Rahmen der Ökodesignrichtlinie gesetzt werden, kündigte der Erste Vizepräsident der EU-Kommission, Frans Timmermans, an. Außerdem schlägt die Kommission vor, Effizienzstandards für Kühlcontainer und Automatisierungssysteme, die in Gebäuden etwa Heizung, Klimaanlage, Lüftung und Verdunkelung steuern, zu setzen.

Die Kommission habe „sehr sorgfältig analysiert“, bei welchen Produkten es das größte Potenzial gebe, Energie einzusparen und damit zum Klimaschutz beizutragen, sagte Timmermans. Um die bei der UN-Klimaschutzkonferenz vereinbarten Ziele zu erreichen, „müssen wir in jedem Fall am Ökodesign festhalten“, so Timmermans. Mit den noch geplanten Vorgaben lasse sich bis 2030 so viel Energie sparen wie Schweden in einem Jahr verbrauche, so die Kommission. Durch die geltenden Ökodesignregeln werde bis 2020 bereits Energie gespart, die dem italienischen Jahresverbrauch entspreche. Fallen lassen will die Kommission dagegen ihre Regulierungspläne für Haartrockner, Toaster, Anzeigetafeln, Verkaufsautomaten für Heißgetränke sowie Baumaterial für Gewächshäuser.

■ *Ökodesign*

EUROPA-REDE IN BERLIN

Juncker mahnt zum Erhalt von EU-Erunggenschaften

Die Europäer müssen in Zukunft eher mehr als weniger zusammenhalten und offensiv für ihre Werte und Interessen in aller Welt werben, statt sich ins eigene „Schneckenhaus“ zurückzuziehen. Dazu hat EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker bei seiner „Europa-Rede“ zum Jahrestag des Mauerfalls in Berlin gemahnt. Bevölkerungsanteil und wirtschaftliche Bedeutung der Europäer in der Welt würden bis 2050 weiter schrumpfen. Der einzige Weg zur Erhaltung von Lebensart und Wohlstand seien die Zusammenarbeit mit anderen und das gemeinsame Auftreten. In Afrika und Asien würden die Errungenschaften der europäischen Integration oft positiver gesehen als in der EU selbst.

Juncker nannte es „undankbar“, die Leistung der Kriegsgeneration für Europa zu vergessen. „Und wir sollten uns manchmal bedanken bei unseren Eltern und Großeltern für das, was sie uns hinterlassen haben, und dafür sorgen, dass wir unseren Kindern und Enkeln ähnliches hinterlassen anstatt kaputtzumachen, was errichtet wurde“, so Juncker. Wobei auch klar sei, dass die europäischen Nationen und ihre Identitäten bestehen bleiben und die EU nicht zum „uniformen Schmelztiegel“ werde. Juncker betonte in seiner Rede auch die Bedeutung von internationalen Handelsverträgen, den Wert des Euro als Schutz vor Krisen und „Währungskriegen“ und die Wichtigkeit von Solidarität zwischen EU-Staaten.

■ *Europa-Rede*

SCHUTZ VOR TERRORISTEN

Reisende aus Drittstaaten sollen überprüft werden

Um sich besser gegen Terroristen und Kriminelle aus Drittstaaten zu schützen, will die EU für den Schengenraum ein Einreisensystem nach dem Vorbild der USA aufbauen. Auf Aufforderung der Staats- und Regierungschefs hat die EU-Kommission ein Reiseinformations- und Genehmigungssystem (ETIAS) zur Überprüfung von Reisenden vor ihrer Ankunft vorgeschlagen. Um in den Schengenraum auf dem Land-, See- oder Luftweg einreisen zu können, sollen Personen aus Drittstaaten, die kein Visum brauchen, künftig zunächst einen Online-Antrag stellen. Ihre Angaben zu ihrer Identität, ihrem Aufenthaltsort oder ihren Kontaktdaten sollen dann automatisch mit Daten über potenziell gefährliche oder mit Einreiseverbot belegte Personen abgeglichen werden. Wird kein Treffer ermittelt, soll die Einreisegenehmigung automatisch „innerhalb weniger Minuten“ erteilt werden.

„Indem wir Risikopersonen ermitteln und sie an der Einreise hindern, werden wir die innere Sicherheit Europas verbessern“, sagte Julian King, EU-Kommissar für die Sicherheitsunion. Einreisegenehmigungen sollen für einen Zeitraum von fünf Jahren gelten und berechtigen zu mehreren Aufenthalten von maximal 90 Tagen. Für den Antrag soll laut Kommissionsvorschlag eine Gebühr von fünf Euro erhoben werden, für unter 18-jährige soll die Einreisegenehmigung kostenlos sein.

■ *Einreise*

Modernere EU-Handelsschutzinstrumente vorgeschlagen



Europäische Stahlhersteller drängen besonders darauf, dass die EU entschlossener gegen unfaire Konkurrenz aus Drittstaaten vorgeht.

> „Handel ist Europas bester Wachstumshebel“, sagte der Finne, der für Arbeitsplätze, Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit zuständig ist. „Aber Freihandel muss fair sein, und nur fairer Handel kann frei sein“, betonte er. Der Vorschlag der Kommission zielt darauf ab, bei der Verhängung von Antidumpingzöllen die Berechnungsmethode zu ändern und die Vorgehensweise bei Antisubventionsuntersuchungen zu ändern. Auf diese Weise will sie besser auf Importe aus Ländern reagieren können, die der Welthandelsorganisation WTO angehören, in denen der freie Wettbewerb aber verzerrt ist

Vergleichsmaßstab ist wichtig

Der Vorschlag steht in Zusammenhang mit der Vorgabe in dem WTO-Beitrittsprotokoll für China, dass das Land ab Mitte Dezember bei Antidumping- und Antisubventionsverfahren nicht länger automatisch als Land ohne Marktwirtschaft behandelt werden darf. Dann können die Preise für Waren aus China nicht mehr mit Preisen aus anderen Ländern verglichen werden, sondern nur noch mit den Kosten und Preisen in China selbst. Diese sind aber aufgrund staatlicher Subventionen künstlich niedrig, so dass sich das wahre Ausmaß des Dumpings schwerer beweisen lässt.

Die Kommission will daher künftig in Antidumpinguntersuchungen andere Vergleichswerte heranziehen, etwa aus einem Land mit ähnlichem wirtschaftlichem Entwicklungsstand, um die Dumpingmarge errechnen zu können. In Subventionsuntersuchungen will sie, anders als heute

praktiziert, künftig auch Subventionen berücksichtigen, die erst im Laufe der Untersuchung festgestellt werden.

Die neue Vorgehensweise der EU solle für alle WTO-Mitgliedstaaten gelten. Die Unterscheidung zwischen Marktwirtschaften und Nicht-Marktwirtschaften soll abgeschafft werden. „Die vorgeschlagene Methode ist länderneutral und es wird keinem Land ein ‚Marktwirtschaftsstatus‘ zuerkannt“, sagte EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström. Der Schutz von EU-Unternehmen vor unlauterem Wettbewerb werde sich gegenüber dem Status Quo nicht verschlechtern und die EU sei gerüstet, neuen Herausforderungen zu begegnen, sagte sie.

Wenn Branchen deutlich zu viel produzieren, wie etwa die Stahlunternehmen in China, kann das dazu führen, dass sie ihre Waren zu Dumpingpreisen im Ausland verkaufen. So etwas kann europäische Wirtschaftszweige schädigen und letztlich zu Arbeitsplatzverlusten und Fabrikschließungen führen, wie vor kurzem in der EU-Stahlindustrie zu beobachten war.

Spielraum bei Strafzöllen nutzen

Die neue Methodik soll nur bei Verfahren angewendet werden, die nach Inkrafttreten der geänderten Bestimmungen eingeleitet werden. Den Änderungen müssen zunächst Mitgliedstaaten und Europäisches Parlament zustimmen, ehe sie in Kraft treten können.

Die Kommission legte zudem erneut den Mitgliedstaaten „dringend“ nahe, die von ihr bereits im April

Die EU-Wirtschaft soll besser gegen unlauteren Wettbewerb durch zu Dumpingpreisen angebotene oder subventionierte Einfuhren aus Drittstaaten geschützt werden. Hierzu hat die EU-Kommission Änderungen an den über 20 Jahre alten handelspolitischen Schutzinstrumenten vorgeschlagen. Damit solle den neuen Realitäten, wie Überkapazitäten, zum Beispiel in der Stahlbranche, und einem sich wandelnden internationalen Rechtsrahmen Rechnung getragen werden, sagte EU-Kommissionsvizepräsident Jyrki Katainen. „Über 30 Millionen Arbeitsplätze in Europa, 6 Millionen davon in kleinen und mittleren Unternehmen, hängen vom freien, fairen Handel ab, der nach wie vor Herzstück der EU-Strategie für Wachstum und Beschäftigung ist“, so Katainen.

2013 vorgeschlagene Modernisierung der Handelsschutzinstrumente zu befürworten. Die Kommission will vor allem die bei Antidumpingstrafzöllen in der EU systematisch praktizierte Regel des geringsten Zolls (lesser duty rule - LDR) abschaffen. Diese zielt darauf, nicht die gesamte Dumpingmarge auszugleichen, sondern den dadurch entstehenden Schaden. Sie führe dazu, dass die Strafzölle in der EU erheblich geringer seien als etwa in den USA. So habe der durchschnittliche Schutzzoll auf kaltgewalzten Stahl aus China in der EU 21,1 Prozent betragen, während er in den USA bei 265,8 Prozent lag. Diese Schieflage, die es auch gegenüber anderen WTO-Mitgliedern gebe, berge zudem die Gefahr, dass noch mehr Warenströme in die EU umgeleitet würden, so die Kommission. Etliche EU-Staaten wollen die Regel aber behalten, um Handelskonflikte klein zu halten. (ste/frh) >

Handelsschutz

Handelsriese Deutschland

Deutschlands Wirtschaft ist besonders stark auf den internationalen Handel ausgerichtet. 2015 wurden Waren im Wert von knapp 1,2 Billionen Euro exportiert und von gut 949 Milliarden Euro importiert – laut Statistischem Bundesamt neue Rekordwerte. Die meisten Einfuhren kommen aus China. Dahinter haben – abgesehen von anderen EU-Staaten – die USA, die Schweiz, Russland und Japan die größte Bedeutung als Importeure.

Beitrittskandidaten sollen Reformen entschlossener anpacken

Die EU-Kommission hat der Türkei zwar einen „Rückfall“ bei der Unabhängigkeit der Justiz und der Meinungsfreiheit attestiert, hält aber an den Beitrittsgesprächen fest. „Wir sind sehr besorgt über die Verschlechterungen, die nach dem gescheiterten Putschversuch in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit und Demokratie festzustellen sind. Die Türkei muss in ihrem eigenen Interesse dringend aufhören, sich weiter von der EU zu entfernen“, sagte der für Nachbarschaftspolitik und Beitrittsgespräche zuständige EU-Kommissar Johannes Hahn, der die jährlichen Fortschrittsberichte zu den Reformprozessen in den Beitrittsstaaten vorstellte. Die Türkei sei weiterhin ein Schlüsselpartner für die EU, sagte Hahn.

> Mit Blick auf die übrigen Beitrittskandidaten sagte Hahn, die Aussicht auf eine EU-Mitgliedschaft sei weiter ein „Motor für den Wandel“, Sorge für mehr Stabilität in den Ländern Südosteuropas und erleichtere politische und wirtschaftliche Reformen. „Wir bekräftigen heute, dass die EU ihre Unterstützung für diese Bemühungen weiter fortsetzen wird, und rufen die Regierungen der Erweiterungsländer dazu auf, die notwendigen Reformen aktiver anzugehen und sie tatsächlich in ihre politische Agenda zu integrieren – nicht weil die EU es von ihnen verlangt, sondern weil es im Interesse der Bürgerinnen und Bürger dieser Länder und auch Europas insgesamt liegt“, so Hahn weiter.

Was die Türkei betrifft, so erklärte auch die Hohe EU-Beauftragte für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini, im Namen der Mitgliedstaaten, man verfolge die jüngsten Entwicklungen mit „großer Sorge“, sei aber bereit, „den politischen Dialog mit der Türkei innerhalb des bestehenden Rahmens auf allen Ebenen fortzusetzen“. Sie stellte sich hinter die Formulierung des Fortschrittsberichts, der Putschversuch sei ein „schockierender und brutaler Angriff auf demokratisch gewählte Institutionen“ gewesen. „In Anbetracht dieser schweren Bedrohung für die türkische Demokratie und den türkischen Staat war eine umgehende Reaktion auf diese Bedrohung legitim. Das Ausmaß und der kollektive Charakter der Maßnahmen, die im Anschluss an den Putschversuch ergriffen wurden, werfen allerdings „eine Reihe von Fragen auf“, urteilt die Kommission. Laut Mogherini sind etwa Aktionen gegen die kurdische PKK, die von der EU als Terrororganisation



Einschränkungen der Pressefreiheit und willkürliches Vorgehen gegen Parlamentsabgeordnete in der Türkei werden von der EU stark kritisiert.

on betrachtet wird, legitim. Menschenrechte und Meinungsfreiheit müssten aber geachtet und die parlamentarische Demokratie geschützt werden.

Die Bundesregierung vertritt die gleiche Ansicht. Die Türkei müsse sich gegen Terrorismus zur Wehr setzen, die Bundesregierung zweifelt aber daran, dass das Vorgehen gegen die Journalisten von „Cumhuriyet“ und gegen die Politiker der HDP rechtmäßig ist. Sollte die Todesstrafe in der Türkei tatsächlich wieder eingeführt werden, würde das laut Regierungssprecher Steffen Seibert für die europäische Seite das Ende der Beitrittsverhandlungen bedeuten.

Generell werden mit der Erweiterungspolitik weiterhin Ergebnisse erzielt, bilanziert die Kommission und in den meisten Kandidatenländern kämen die Reformen voran, wenngleich in unterschiedlichem Tempo. Positiv ist die Bewertung der Fort-

schrittsgespräche mit Albanien ausgefallen. Hier empfiehlt die Kommission den Mitgliedstaaten, die Eröffnung der Beitrittsverhandlungen zu erwägen. Allerdings müssten auch in Albanien noch glaubwürdige Fortschritte bei der Justizreform, insbesondere der Überprüfung von Richtern und Staatsanwälten erzielt werden.

In den letzten Jahren hätten alle Länder ihre Rechtsrahmen für die Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität ausgebaut. In Zukunft komme es nun darauf an, konkrete Erfolge zu erzielen. Die Grundrechte seien in den Erweiterungsländern nach wie vor größtenteils gesetzlich verankert. Im westlichen Balkan gebe es zwar weiterhin Defizite in der Praxis, doch im Großen und Ganzen sei die Lage stabil. Bei der Reform der öffentlichen Verwaltung hätten die einzelnen Länder unterschiedliche Fortschritte erzielt. Und die zentrale Rolle, die den nationalen Parlamenten für die Demokratie zukommt, müsse in einigen Ländern noch in der politischen Kultur verankert werden.

Weg in Richtung EU-Beitritt

In jährlichen Fortschrittsberichten beurteilt die EU-Kommission, wie weit die EU-Beitrittsaspiranten Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Montenegro und Serbien sowie die Türkei bei der Umsetzung wichtiger politischer und wirtschaftlicher Reformen vorangekommen sind. Es wird auch aufgezeigt, was noch zu tun bleibt, bevor ein Beitritt in den Bereich des Möglichen rückt.

Leichter Wirtschaftsaufschwung

Schrittweise verbessert habe sich die wirtschaftliche Lage in der Region, heißt es in den Fortschrittsberichten. Belege dafür seien ein stärkeres Wachstum, mehr Investitionen und die Schaffung von mehr Arbeitsplätzen durch private Unternehmen. Es gebe aber noch große wirtschaftliche und soziale Herausforderungen, zum Beispiel die hohe Arbeitslosigkeit, besonders bei jungen Menschen. (frh/ste) >

■ *Erweiterungspaket*

Verantwortungsvoller mit den Weltmeeren umgehen



Ein Schwerpunkt in der vorgeschlagenen Strategie ist der Schutz von Fischbeständen vor illegaler Fischerei.

> 64 Prozent aller Meeresgewässer unterliegen demnach keiner nationalen Rechtsprechung und rund 300 Gremien seien weltweit mit internationaler Meerespolitik befasst, ohne dass eines dabei die Führung habe. Der 30 Jahre alte Rahmen für die Meerespolitik habe Lücken und Mängel. „Unsere Ozeane sind durch Kriminalität, Piraterie und bewaffnete Überfälle bedroht“, sagte Mogherini. „Versuche, territoriale oder maritime Ansprüche geltend zu machen, wirken sich negativ auf die regionale Stabilität und die Weltwirtschaft aus.“ EU-Umweltkommissar Karmenu Vella erklärte: „Inzwischen ist den Menschen weltweit bewusst geworden, dass sie sich besser um die Ozeane kümmern müssen. Dies gelingt nur durch enge internationale Zusammenarbeit.“

Die EU wolle dabei mit der jetzt vorgelegten Strategie vorangehen und damit zur Verwirklichung der „Agenda 2030“ der Vereinten Nationen zur

nachhaltigen Entwicklung beitragen. Die Strategie listet 14 Ziele in drei Schwerpunktbereichen auf:

- > Verbesserung des Rahmens für die internationale Meerespolitik
- > Verringerung der menschlichen Einwirkungen auf die Ozeane
- > Stärkung der Meeresforschung

Im ersten Bereich sollen laut Kommission Rechtslücken geschlossen und bessere Regeln für Gebiete außerhalb nationaler Hoheitsgebiete erarbeitet werden. Internationale Ziele, wie die Erklärung von 10 Prozent der Meere zu Schutzgebieten bis 2020, sollen umgesetzt werden. Die EU soll auf Basis bestehender Strategien, wie der für maritime Sicherheit oder der für eine Arktispolitik, mit Drittstaaten zusammenarbeiten, um zum Beispiel Piraterie, Menschenhandel, Waffen- und Drogenschmuggel zu bekämpfen.

Weniger Müll im Meer

Das Vorgehen gegen illegale Fischerei, die weltweit mindestens 15 Prozent der Fänge ausmache, gehört zum zweiten Schwerpunkt der Strategie. „Die Fischbestände werden geplündert und Fischer in Entwicklungsländern zahlen den Preis“, sagte Vella. Die Kommission schlägt eine stärkere Rolle für Europol bei diesem Thema vor und plant ein Pilotprojekt zur Aufdeckung illegaler Fischerei mit Satellitentechnik.

Ein weiteres Ziel lautet, die Zahl der Abfälle im Meer bis 2020 um 30 Prozent zu verringern. Dazu soll 2017 eine neue Strategie gegen Plastikmüll

Die Weltbevölkerung wächst und damit der Druck auf die Weltmeere. Damit die auch künftig noch sicher befahrbar sind und ihre wichtigen Funktionen für die Stabilisierung des Weltklimas, als Lieferant von Nahrung, Bodenschätzen, Energie und als Magnet für Touristen erfüllen können, sind nach Meinung der EU-Kommission bessere internationale Regeln nötig. Als Schritt auf diesem Weg legte die Kommission, gemeinsam mit der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini, eine Strategie für „sichere, saubere und nachhaltig bewirtschaftete Weltmeere“ vor.

vorgeschlagen werden. Vella drängte auch, es müsse mehr gegen Erwärmung und Versauerung der Ozeane getan werden. Diese absorbierten ein Viertel des weltweit emittierten Kohlendioxids und seien damit von entscheidender Bedeutung für die Regulierung des Klimas.

Um mehr Daten für eine nachhaltige Bewirtschaftung der Meere zu bekommen, sollen laut Vella etwa U-Boote bei ihren Fahrten den Meeresboden kartographieren. Nur 10 Prozent seien bisher kartographiert und weniger als drei Prozent würden wirtschaftlich genutzt. Die EU verfüge bereits über eine Datenbank mit Informationen von über 100 Forschungseinrichtungen. Diese soll der Strategie zufolge zu einem weltweiten Meeresdaten-Netzwerk ausgebaut werden.

Meereswirtschaft beschäftigt Millionen

Die EU hat selbst erhebliches wirtschaftliches Interesse an der Meeresnutzung. Die Meereswirtschaftszonen der Mitgliedstaaten und ihrer Überseegebiete sind mit 20 Millionen Quadratkilometern laut Kommission um ein Vielfaches größer als die Landmasse der EU-Staaten und damit die größten der Welt. 90 Prozent des internationalen und 40 Prozent des innereuropäischen Handels erfolge auf dem Seeweg, der EU-Markt für Fisch und Meeresfrüchte sei mit 52,2 Mrd. Euro pro Jahr wertmäßig der größte der Welt und die Meereswirtschaft trage jährlich 500 Mrd. Euro zur EU-Wirtschaftsleistung bei und gebe vier Millionen Menschen Arbeit. (frh) >

■ *Meeresstrategie*

Tag und Woche der Ozeane

Der Strategievorschlag der EU-Kommission war Teil einer von ihr organisierten „Woche der Ozeane“. In deren Rahmen legte die Kommission etwa auch einen Bericht dazu vor, wie bis 2050 zehn Prozent des EU-Energiebedarfs durch Wellen- und Gezeitenkraftwerke gedeckt werden könnten. Umweltkommissar Karmenu Vella stellte zudem die Meeresstrategie beim „Tag der Ozeane“ bei der UN-Klimaschutzkonferenz in Marrakesch vor.

DATUM	THEMA	ORT	KONTAKT
> 20.11.2016 11.00-19.00 Uhr	„LUX-FILMPREIS 2016: Die Finalistenfilme in München“ Kino-Matinee Veranstalter: Informationsbüro des Europäischen Parlaments in München	RIO Filmpalast Rosenheimer Str. 46 81669 München	http://www.europatermine.de
> 21.11.2016 18.00-20.00 Uhr	„Europa in den Medien – zwischen kritischer Berichterstattung und demokratischer Verantwortung“ Diskussionsveranstaltung Veranstalter: Schwarzkopf Stiftung	Konferenzraum der Schwarzkopf-Stiftung Sophienstr. 28-29 10178 Berlin	http://schwarzkopf-stiftung.de
> 21.11.2016 18.45-22.30 Uhr	„EU-Bürgerdialog“ Bürgerdebatte Veranstalter: Regionalvertretung der EU-Kommission in Bonn	Imhoff Schokoladenmuseum Am Schokoladenmuseum 1A 50678 Köln	https://ec.europa.eu
> 21.11.2016 18.00 Uhr	„In Vielfalt uneins: Wie steht es um den sozialen Zusammenhalt in Europa?“ Vortrags- und Diskussionsveranstaltung Veranstalter: Europe Direct Informationszentrum Stuttgart	Haus der Katholischen Kirche Königstraße 7 70173 Stuttgart	http://europe-direct-stuttgart.de/
> 23.11.2016 18.00 Uhr	„Geflüchtete und Fluchtursachen: Was unternimmt die EU und was haben wir damit zu tun?“ Bürgerdialog Veranstalter: Deutsche Gesellschaft e.V.	Brandenburg-Saal in der Staatskanzlei, Haus 12 Heinrich-Mann-Allee 107 14473 Potsdam	https://ec.europa.eu
> 23.11.2016 18.30 Uhr	„Welches Europa wollen wir?“ Diskussionsveranstaltung Veranstalter: Schwarzkopf Stiftung	Konferenzraum der Schwarzkopf-Stiftung Sophienstr. 28-29 10178 Berlin	http://schwarzkopf-stiftung.de/events/welches-europa-wollen-wir/
> 24.11.2016 18.30 Uhr	Die transatlantischen Beziehungen nach Trumps Wahl - wie geht's weiter? Bürgerdialog Veranstalter: Europe Direct Informationszentrum Brandenburg	Saal Interkulturelles Zentrum „Gertrud von Saldern“ Gotthardtkirchplatz 10 14770 Brandenburg a. d. Havel	http://www.europe-direct-stadt-brandenburg.eu/
> 25.11.2016 10.00-12.30 Uhr	EU-Richter Francois Biltgen spricht über den Einfluss von EU-Recht Vortrag und Diskussion Veranstalter: Vertretung der EU-Kommission in Bonn	Vertretung der EU-Kommission Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 53111 Bonn	http://agenda.euractiv.com
> 29.11.2016 18.30 Uhr	„Europas Grenzen: Wir müssen reden!“ Bürgerdialog Veranstalter: Europa-Union Deutschland e.V.	Roncalli-Haus Magdeburg Max-Josef-Metzger-Straße 12/13 39104 Magdeburg	http://www.europa-union.de
> 02.12.2016 18.00-19.30 Uhr	„Eurokrise, Flüchtlinge, Nationalismus - Was hält Europa überhaupt noch zusammen?“ Diskussionsveranstaltung Veranstalter: Europe Direct Informationszentrum Köln	Lindenthal, Europäisches Dokumentationszentrum USB - Köln Universitätsstr.33 50931 Köln	http://www.ize-koeln.de

> Alle Termine zum Nachlesen und Anklicken finden Sie auch noch einmal hier: https://ec.europa.eu/germany/news/eu-newsletter_de

IMPRESSUM



Vertretung in Deutschland

Herausgeber:

Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:

Leitung: Richard Kühnel
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

Regionalvertretung in Bonn:

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Regionalvertretung in München:

Bob-van-Benthem-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:

Reinhard Hönighaus, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)
Frank Hütten, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski
MBI Martin Brückner Infocource GmbH & Co. KG • Gutleutstraße 89
• 60329 Frankfurt am Main • E-Mail: cp.contact@mbi-infocource.de

Herstellung:

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH
Klimaneutral gedruckt und mit FSC®-Zertifizierung als Nachweis der Holzherkunft aus guter Waldbewirtschaftung.



Haftungsausschluss:

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook  und folgen Sie uns auf Twitter 

PROGRAMM „EUROPA FÜR BÜRGERINNEN UND BÜRGER“

Partnerschaftsprojekte konzipieren und finanzieren

Durch die Programme „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ sowie „Erasmus+ Jugend in Aktion“ unterstützt die EU viele Projekte, durch die Europäerinnen und Europäer sich näher kommen können. Für welche Vorhaben man Geld bekommen kann und wie der Weg zur Förderung aussieht, erläutern Experten der Kontaktstelle Deutschland (KS EfBB) für die Programme im Rahmen von zwei Seminaren am 22. und 23. November in Bonn. Das Seminar am

Dienstag richtet sich an alle Interessierte, etwa an Europabeauftragte von Kommunen, Aktive in Vereinen und anderen Organisationen, die internationale Begegnungen, Austausch- oder Kooperationsprojekte mit europäischen Partnern organisieren wollen. Erläutert werden die Ziele und Themen, das Antragsverfahren sowie Beispiele geförderter Projekte. Zielgruppe am 23. November sind Projektverantwortliche, die bereits an einem Antrag arbeiten, der bis zum 1. März 2017 eingereicht werden muss.

■ <http://www.kontaktstelle-efbb.de>

VIRTUELLE SCHULPARTNERSCHAFTEN

Onlineseminar gibt Einblick in eTwinning-Projekt

Gemeinsam lernen in Europa und an gemeinsamen Projekten arbeiten: Das ermöglicht in 36 europäischen Ländern – darunter alle 28 EU-Staaten - das Projekt "eTwinning" zur Förderung virtueller Schulpartnerschaften. Über die eTwinning-Plattform können Lehrkräfte aller Fächer und aller Schulformen, von der Vorschule bis zum Berufskolleg, einfach und unbürokratisch ein Projekt mit anderen Schülergruppen in ganz Europa starten. Auch gemeinsame Projekte mit anderen Schulen in Deutschland sind möglich.



Für interessierte Lehrkräfte gibt es vielfältige Materialien, Fortbildungsangebote und Beratung, organisiert vom Pädagogischen Austauschdienst der Kultusministerkonferenz. Neben individueller Hilfestellung per Telefon oder Mail werden auch Seminare in ganz Deutschland organisiert. Oder im Internet, wie am 29. November. Dann gibt ein 90-minütiges Onlineseminar einen Einblick in das eTwinning-Programm.

■ [EU-Programm eTwinning](#)

EU-JAHRESBERICHT ZEIGT AUFGABEN UND ERFOLGE

Deutschlands Bildungssystem bringt bessere Ergebnisse

Für die Bewältigung der großen Herausforderung, junge Menschen – auch Flüchtlinge und Migranten – durch hochwertige Bildungsangebote in die Gesellschaft zu integrieren, hat Deutschland im vergangenen Jahr erhebliche Anstrengungen unternommen. Das betonte EU-Bildungskommissar Tibor Navracsics bei der Vorstellung des neuen EU-Jahresanzeigers für die allgemeine und berufliche Bildung. „In Deutschland gibt es Diskussionen darüber, mehr als 40.000 neue Lehrer und Tausende Sozialarbeiter einzustellen, um rund 300.000 neue Plätze im Bildungssystem von der frühkindlichen Bildung und Betreuung und Erziehung bis hin zur Berufsbildung zu schaffen“, sagte er.

Der Kommissionsbericht zeigt an, welche Fortschritte die EU-Staaten bei der Verwirklichung ihrer Bildungsziele im Rahmen der Wachstumsstrategie „Europa 2020“ machen und welche Aufgaben noch anstehen. Deutschland hat seine Ergebnisse im Vergleich zu den Vorjahren verbessert und schneidet etwa bei der Senkung der Schulabbrecherquote und der Beschäftigungsrate für Absolventen überdurchschnittlich ab. Nachholbedarf gibt es etwa bei der lebenslangen Weiterbildung. Der Bildungserfolg hänge zudem stark vom sozio-ökonomischen Hintergrund ab. Auch Deutschland müsse mehr in sein Bildungswesen investieren, heißt es in dem Bericht.

■ [EU-Bildungsanzeiger](#)

GESCHÄFTE IM EU-BINNENMARKT

„Einheitliche Ansprechpartner“ helfen Dienstleistern weiter

Der Binnenmarkt mit gemeinsamen Regeln ist eine der größten Errungenschaften der EU und hat ungezählten Unternehmen neue Chancen eröffnet. Dennoch sind viele Fragen zu beantworten, wenn eine Firma oder ein Tochterunternehmen im EU-Ausland gegründet werden soll, oder wenn es darum geht, eine neue Geschäftsidee umzusetzen. So muss ein Unternehmer etwa wissen, welche Schritte nötig sind, um seine Dienstleistung vorübergehend auch im Ausland anzubieten. Andere Fragen könnten lauten: Wie und bei welcher Behörde beantrage ich eine Lizenz? Wer ist zuständig für die Anerkennung von Berufsqualifikationen? Welche Gebühren und Kosten fallen an? Um solche Fragen zu klären, müssen Dienstleistungsunternehmer nicht mehr persönlich bei verschiedenen Ämtern in verschiedenen Ländern vorsprechen. In der EU wurde ein Netzwerk von „Einheitlichen Ansprechpartnern“ eingerichtet, die Verfahren einfacher und transparenter machen sollen. Es handelt sich dabei um Onlineportale, in denen Informationen über Vorschriften und Formalitäten zu finden sind und über die etliche Verwaltungsformalitäten elektronisch abgewickelt werden können.

■ [Binnenmarkt](#)